

Vom Neoliberalen Katastrophenkurs zur Lampedusapolitik

„Klassen und Subjekte – Neue Bedingungen und Formen solidarischen Handelns in der Krise“ - Thesen Für die 9. Jahrestagung des FNPA am 01./02. 10. 2010 in Berlin

- 1. Der „neoliberale Katastrophenkurs“ hat den Epochenbruch der vergangenen Jahrzehnte geprägt und ist in eine „neue Weltwirtschaftskrise“ gemündet. Zu deren Bewältigung bietet die herrschende Politik eine „Lampedusastrategie“ an, eine Politik des Alles muss sich ändern, damit Alles so bleibt wie es ist. In Deutschland scheint das unveränderte exportorientierte Wirtschaftsmodell derzeit einen neuen Aufschwung zu Lasten europäischer Nachbarn zu tragen. Aber die Schuldenkrise des Staates wird so verschärft die ökonomische Krise ist eine „große Krise“ und noch keineswegs überwunden.**

Das FNPA hat in den Jahren 2005/6 in den „Spandauer Thesen“ aus der Kritik des neoliberalen Katastrophenkurses heraus u.a. (1) den aus ihm folgenden stetigen Sozialabbau kritisiert, (2) die These eines „Epochenbruchs“ entwickelt, (3) gegen das falsche Freiheitsversprechen des Neoliberalismus eine erneuerte emanzipatorische Perspektive gefordert und dazu (4) ein neues Bündnis im Kampf für gute Arbeit und den Kampf um „das Ganze der Arbeit“ im Blick auf die „Vision einer neuen Gesellschaftsverfassung der sozialen Fairness und der Nachhaltigkeit“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken versucht. Dabei haben wir unsere Arbeit selbst als Teilschritt zur Herstellung neuer „strategischer Wissensallianzen“ verstanden (Scholz u.a. 2006).

In dem Bemühen um deren Herstellung waren wir nicht ganz erfolglos. Auch mag das „neoliberale Einheitsdenken“ in der Folge der „neuen Weltwirtschaftskrise“ (Krugman 2009) erste Risse bekommen haben. Kurzfristig sprachen die Repräsentanten der herrschenden Politik immerhin von einer „Zeitenwende“. Aber auch die Schulden- und drohenden Währungskrisen im Zuge der weiteren Entwicklung haben nicht zu wirklich ernsthaften Schritten einer Reregulierung wenigstens der Finanzmärkte geführt. Und aktuell ist die deutsche Wirtschaft nach den beispiellosen Einbrüchen der Jahre 2008/9, wie die Presse schreibt, wieder „in Jubelstim-

¹ Die vorliegenden Thesen sind Zwischenergebnis eines weiter laufenden Arbeitsprozesses im Lenkungskreis des FNPA. Die vorliegende Fassung liegt in meiner Verantwortung. Die Thesen haben einen Feedbackprozess durchlaufen, aus dem ich Pia Paust-Lassen, Dieter Scholz und Frieder O. Wolf Anregungen und Kritik verdanke. Nach den Debatten auf der FNPA-Jahrestagung 2010 habe ich sie weiterhin punktuell überarbeitet. Die weiteren Arbeiten des Lenkungskreises richteten sich dann aber auf ein Arbeitspapier zur Nachbereitung der Jahrestagung 2010 und zugleich zur Vorbereitung der nächsten Jahrestagung.

mung“. Sie ist, wie ihr neoliberaler Vordenker Hans-Werner Sinn formuliert hat „wieder in Partylaune“, und die Banker zocken erneut an der Börse. Die Zeche für die zwischenzeitlich aufgespannten Schutzschirme zahlen die Steuerzahler, also die „kleinen Leute“. Die Politiker verbreiten mit ihrem gewohnten „rigorosen lächeln“ (Szymborska) Optimismus und betreiben „Lampedusapolitik“: Alles muss sich ändern, damit alles so bleibt wie es ist. Die Hegemonie der neoliberalen Deutungen unserer Wirklichkeit ist also noch ungebrochen. Zugleich gilt aber immer noch: Die Weltwirtschaftskrise 2008ff markiert eine Zäsur, vergleichbar nur mit der von 1929ff. Und auch wenn die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik der G 20 Staaten heute nicht einer Wirtschaftspolitik a la Hoover oder einer Brüning'schen Notverordnungspolitik folgt, wir haben es mit einer „großen Krise“ und mit tiefen Umbrüchen zu tun. Der politisch beschlossene Umgang mit den unterschiedlich massiven Schuldenkrisen der europäischen Staaten wird die Prozesse sozialer Spaltung noch vertiefen. Stabile Entwicklungsperspektiven sind so nicht absehbar. Auch nur die ökonomischen Krisenentwicklungen sind noch keineswegs überwunden. Ernst zu nehmende Beobachter sagen im Blick auf Europa: „Die Krise steht erst am Anfang“ (Balibar 2010).

2. Tatsächlich überlagern sich derzeit viele Krisen von Ökonomie, Ökologie und Politik. Selbst im derzeitigen, schwachen und fragilen Aufschwung erleben wir weiter fortschreitende gesellschaftliche Spaltungsprozesse. Es überrascht deshalb nicht, dass ein wachsendes gesellschaftliches Unbehagen sichtbar wird – gegenüber eher wachsenden Risiken, den weithin wahrgenommenen Defiziten sozialer Gerechtigkeit und angesichts der immer deutlicheren Ohnmacht der Politik.

Die in den letzten Jahren dramatische krisenhafte Zuspitzung des „neoliberalen Katastrophenkurses“ (Zinn 2004) hatten wir in unseren Spandauer Thesen noch nicht im Blick – unbeschadet unserer Debatten über „das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ (Altvater 2006) und über unser anderes Europa (Scholz u.a. 2009) auf den späteren Jahrestagungen. Eigentlich unübersehbar haben wir es heute mit einander überlagernden Krisen von Ökonomie (Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, aber auch Krise der Leitbranche des Fordismus, der Automobilindustrie), der Ökologie (das Desaster von Kopenhagen und die weiter drohende Klimakatastrophe, das Desaster von BP und der Peak Oil usw.), aber auch Politik (Krisen des europäischen Integrationsprozesses, Entwicklung postdemokratischer Strukturen und wachsende Parteienverdrossenheit der Menschen) zu tun. Den Menschen ist dies, wie neueste Untersuchungen zeigen, durchaus zunehmend bewusst. Aber sie erfahren zugleich in ihrem Alltag ihre individuelle Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen. In den Bereichen „neuer Arbeit“, in denen die Gewerkschaften noch kaum Fuß gefasst haben, suchen die Beschäftigten so nolens volens nach immer neuen Wegen für individuelle Überlebensstrategien. In Deutschland sind die weiter fortgeschrittenen gesellschaftlichen Spaltungsprozesse unübersehbar. Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit besteht fort, nur unzu-

reichend durch die offiziellen Statistiken abgebildet. Innerhalb eines Jahrzehnts ist der Niedriglohnbereich – die „offene See“ ohne Betriebsräte, Gewerkschaften, Tarifverträge - auf nahezu ein Viertel aller Beschäftigten angewachsen; und das „noch befestigte Land“ wird an den Küsten durch Leiharbeit weiter ausgefrant. Absehbar, dass sie sich beim auch nur leichten Anziehen der Konjunktur weiter ausdehnt. Den Repräsentanten der Arbeitgeber ist das selbstverständlich. Bedrohungen durch psychische Erkrankungen, Burn Out usw. zeichnen sich als die gesundheitspolitische Herausforderung der Zukunft ab. Dies macht sichtbar, dass auch in den Segmenten hochqualifizierter Beschäftigter der zerstörerische Druck einer stetig fortschreitenden Umstrukturierung der Wirtschaft im neoliberalen Geist ungebrochen wirkt.

3. Die Gewerkschaften sind mit dem Epochenbruch immer mehr in die Defensive geraten. Sie erleiden eine Erosion alter struktureller und institutioneller Macht auf ihren zentralen Handlungsfeldern der Tarifpolitik, der Mitbestimmung und der Sozialpolitik. Sie laufen so Gefahr, ihren Status als anerkannter Partner zu verlieren, den sie im tripartistischen „Modell Deutschland“ innehatten – und dieses Modell ist mit dem Epochenbruch ein Modell der Vergangenheit. Der Spagat zwischen der Verteidigung verbliebener Positionen institutioneller Macht und Neugewinnung von Machtpotentialen einer sozialen Bewegung wirft für sie viele schwer zu lösende Fragen auf.

Die deutschen Gewerkschaften sind gegenüber den hier noch einmal skizzierten Folgen des Epochenbruchs² seit dem (vorläufigen) Ende der Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung um die Mitte der 1980er Jahre in einer stetigen Defensive. Sie drückt sich aus im Schrumpfen derjenigen Bereiche industrieller Produktion, in denen sie in den vorausgegangenen Jahrzehnten die Zentren ihrer Organisationsmacht aufgebaut haben, und sie ist unübersehbar angesichts der, vor allem im letzten Jahrzehnt weiter vorangeschrittenen Erosion der Bastionen ihrer institutionellen Macht: Der Geltungsbereich von Tarifverträgen ist geschrumpft – vor allem, aber bei weitem nicht nur in Ostdeutschland – und die Lohnquote ist im Vergleich zu wichtigen europäischen Nachbarländern gesunken. Deutschland ist das einzige westeuropäische Land, in dem es keinen gesetzlich gesicherten Mindestlohn gibt, der die mit dem Wachstum des Niedriglohnbereichs neu entstandenen Schwächen der Tarifpolitik auffangen könnte. Gewerkschafter sprechen davon, von der „geordneten Mitbestimmung in den Häuserkampf“ geraten zu sein – jedenfalls bei so manchen stillbildenden DAX-notierten Großunternehmen. Die alte „Deutschland AG“ als eine wichtige Grundlage auch dieses

² Die Debatte um den „Epochenbruch“ im Sinne tiefgreifender Umbrüche - im Zeichen neuer sozialer Bewegungen, des neoliberalen Rollbacks und der Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweisen Entgrenzung von Arbeit, der ökologischen, und inzwischen auch politischen, Krisenentwicklungen -, die den Weg zurück zum alten „Modell Deutschland“ versperren, hat die Debatten des FNPA lange geprägt. Sie ist, zusammen mit unseren Spandauer Thesen, in unserem „Turnaround-Buch“ gut dokumentiert.

deutschen Mitbestimmungsmodells ist in Auflösung begriffen (Martens/Dechmann 2010). Ein Turnaround in der seit dem kurzen Vereinigungsboom zu Beginn der 1990er Jahre negativen Mitgliederentwicklung ist nach wie vor nicht gelungen. Aber immerhin konnten die fortschreitenden Mitgliederverluste gebremst werden. Angesichts schrumpfender institutioneller wie organisatorischer Macht, knapper gewordener personeller Ressourcen und einer keineswegs mehr so selbstverständlichen Anerkennung ihrer Rolle als arbeits- und gesellschaftspolitischer Akteur innerhalb eines noch reibungslos funktionierenden tripartistischen Modells des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen (Urban 2008) geraten die Gewerkschaften in eine immer schwierigere Lage: Tendenziell schon jenseits ihrer alten Rolle als intermediäre Organisation laufen sie Gefahr, nur noch als Pressuregroup eines Teils der abhängig Beschäftigten wahrgenommen zu werden oder aber zu versuchen, auch die Interessen neuer Beschäftigtensegmente (oder Klassenfraktionen) durch neue Formen eines comprehensive organizing zu formieren und zur Geltung zu bringen. Beide Optionen bergen Risiken, und beide Optionen sind nicht einfach mit dem Bemühen zu verknüpfen, zugleich verbliebene alte institutionelle Bastionen zu verteidigen. Wie ist man Organisation, Institution und soziale Bewegung zugleich?

4. Im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 konnten gegen den stärker werdenden Druck des neoliberalen Rollbacks neue gewerkschaftliche Handlungsansätze entwickelt werden und die Herausforderung zu deren Integration in ein neues (z.B. „gute Arbeit“, „besser statt billiger“, Tarif Aktiv“). Damit verbinden sich arbeitspolitische Konzepte mit gesellschaftspolitischem Umgestaltungsanspruch, die seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise verstärkt mit dem Anspruch auf einen „Kurswechsel für Deutschland“ diskutiert werden.

U. a. verweist die letztgenannte Entwicklung auf unterschiedlichste gewerkschaftliche Bemühungen um strategische Neuansätze, die nicht ohne Erfolge geblieben sind. Es gibt solche neuen Initiativen in Bezug auf die verschiedensten Beschäftigtensegmente – vom Niedriglohnbereich über die ausfransenden Ränder der gewerkschaftlichen Kernklientel (Leiharbeit) bis hin zu unterschiedlichen Gruppen hochqualifizierter Beschäftigter. Die Gewerkschaften versuchen, Erfahrungen des comprehensive organizing der Gewerkschaften anderer Länder für sich fruchtbar zu machen (Wetzel u.a. 2009). „Strategic unionism“ ist ein Thema geworden (Brinkmann u.a. 2008). Zugleich ist aber auch unübersehbar, dass der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Anstrengungen in den bisherigen Kernbereichen ihrer strukturellen, und erodierenden institutionellen Macht ansetzt, um von dort ausgehend vielleicht auch zusätzliches Terrain zu besetzen. Das gilt, um zwei Beispiele zu nennen, für die IG Metall -Kampagne „Gute Arbeit“ (Pickshaus/Urban 2009), die vom DGB und von anderen Mitgliedsgewerkschaften übernommen worden ist, ebenso wie für die Kampagne „besser statt billiger“ der IG Metall (Korflür u.a. 2010).

Die IG Metall hat hier mit einigem Erfolg versucht, das innovative Potential von Mitbestimmung im Hinblick auf die Stärkung von Grundelementen des deutschen Modells industrieller Entwicklung zur Geltung zu bringen. Die Kampagne zielt darauf ab „Besserstrategien“ als Alternativen ins Spiel zu bringen (und dabei für Modernisierungsstrategien bei Mittelständlern auch deren Mittelmanagement zu gewinnen). Es geht hier darum (1) eine Öffnung des Feldes für (alternative) Berater und (2) eine Stärkung von Grundmerkmalen des deutschen Produktionsmodells in der mittelständischen Wirtschaft zu erreichen – oder in anderen Worten um die Sicherung von Voraussetzungen für inkrementelle Innovationen bei „geduldigem“ Kapital und noch anderen „Standortethiken“ als sie bei den großen DAX-notierten Unternehmen inzwischen häufiger auszumachen sind. Die jüngsten Überlegungen von B. Huber (2010) zum „Neu-Ausbalancieren der deutschen Wirtschaft“ lässt sich als ein u. a. hier anschließendes Konzept interpretieren, das zum einen auf die neuerliche Stärkung der Deutschland AG setzt, zum zweiten auf Stärkung der Binnennachfrage und des Dienstleistungssektors in Anlehnung an das skandinavische Modell (Brödner u.a. 2009) und zum dritten auf so etwas wie einen „ökosozialen New Deal“.

5. Vorstellungen eines „Neu-Ausbalancierens der deutschen Wirtschaft“ zielen auf eine Forcierung der gewerkschaftlichen Neuansätze und ihre Verknüpfung mit einer Stärkung der Binnennachfrage und einem ökosozialen New-Deal verknüpfen. Gegenüber dem derzeitigen Status Quo wäre das ein enormer Fortschritt. Aber für eine die Schichten und Klassen unserer Gesellschaft übergreifende Bewegung für Veränderung Reichweite und Grenzen einer neuen Arbeitspolitik der Gewerkschaften bedarf es nicht nur der Entfaltung und Konkretisierung entsprechender Vorschläge. Nötig ist zugleich ihre innere Verknüpfung. Der Blick zurück auf die letzte „große Krise“ des Kapitalismus, also auf die Jahre 1929 ff als Referenzpunkt ist hier nützlich.

Gemessen am derzeitigen Status Quo, also einer Fortsetzung der oben skizzierten heillosen Lampedusastrategie der herrschenden Politik, die nichts wirklich ändern will – sei es weil sie selbst weiterhin an die Ideologie des Neoliberalismus glaubt, sei es weil sie es nicht wagt, an der Macht der wirklich herrschenden ökonomischen Funktionselementen, also der Banker und Topmanager bei den Global Playern, ernstlich zu rütteln - wäre ein solcher Kurswechsel im Sinne einer Modernisierung des Kapitalismus, die neue wirtschaftliche und politische Stabilität versprechen könnte, zweifellos ein enormer Fortschritt. Auch kann man sich jeden Fortschritt aus der derzeit sich abzeichnenden Erschöpfung und Agonie wohl nur vorstellen, wenn er auch von den noch bestehenden, wenngleich weiter erodierenden Institutionen der alten, „institutionell verfassten“ industriellen Arbeitsgesellschaft (v. Ferber 1961) ausgeht. Allerdings ist dieser Fokus allein für Veränderungshandeln schon für die Gewerkschaften zu eng, wenn sie auch unter den heutigen Bedingungen „neuer Arbeit“ arbeitspolitischer Akteur mit gesellschafts-

politischem Gestaltungsanspruch für alle abhängig Beschäftigten sein wollen. Es fehlt, nicht allein den Gewerkschaften, der „zündende Funke“ einer für alle Gruppen der abhängig Beschäftigten wirklich mobilisierenden neuen arbeitspolitischen Initiative. Dahinter verbergen sich Defizite in der Diskussion strategischer Orientierungen ebenso wie eine immer noch viel zu wenig entfaltete „Kommunikative Macht“ der Gewerkschaften.³ Oder - anknüpfend an die Debatte um den Klassenbegriff auf dieser Jahrestagung des FNPA – wenn man (1) den kapitalistischen Klassenantagonismus nur noch als Movens eines Transformationsprozesses ohne vorgegebenes Ziel begreifen kann, (2) verstehen muss, dass Arbeiterbewegung noch nie direktes Resultat der Lage der arbeitenden Klassen gewesen ist und (3) die Konstituierung einer emanzipatorischen und transformatorischen sozialen Bewegung nur denken kann als eine Bewegung, die durch die Klassen, so wie sie in einer gegebenen sozialen Ordnung konstituiert worden sind, hindurchgehen muss (Wolf 2010), dann stellt sich die Frage nach zukunftsfähigen Perspektiven und Forderungen, die über Gruppen abhängig Beschäftigter, sozialer Milieus oder Klassen und Klassenfraktionen hinweg integrierend und mobilisierend wirken können.

Es stellt sich also sehr allgemein die Frage, wo denn die gesellschaftlichen Kräfte sind, die einen solchen Kurswechsel herbeiführen könnten. Ein Bündnis, das aus den aktuellen Krisenentwicklungen mit ihren Veränderungshandeln eher demotivierenden Folgen heraus so etwas wie eine neue reformpolitische Konstellation herbeiführen könnte, müsste breit genug ansetzen können, um neu mobilisierende Perspektiven zu entwickeln, die zugleich auf die ökonomischen, ökologischen und politischen Krisenentwicklungen Antworten, oder wenigstens eine erfolgreiche Suche nach Antworten zu versprechen. Wir gehen nicht davon aus, hierfür den „Generalschlüssel“ anbieten zu können. Aber ein paar brauchbare Überlegungen können wir, zu den Suchprozessen, an denen sich ja auch Andere beteiligen, vielleicht doch beisteuern. Wir denken, dass dazu der Blick auf die letzte „große Krise“ des Kapitalismus, also der Jahre 1929ff, nützlich ist.

6. Gegen den strikt angebotsorientiert argumentierenden Mainstream der ökonomischen Wissenschaften wird inzwischen von anerkannten Ökonomen die Wiederkehr von Keynes gefordert. Aber v. a. angesichts der Krise der Politik wird auch das Thema Wirtschaft und Demokratie wieder aktuell. Neue Wirtschaftsdemokratie könnte „das linke Thema der historischen Stunde“ werden, und der kritische Blick zurück auf die alten wirtschaftsdemokratischen Ansätze kann hier durchaus anregend sein.

Wenn die Thesen der sich mehrfach überlagernden Krisenentwicklungen und die der Perspektivlosigkeit der herrschenden Politik zutreffen und es richtig ist, die ökonomische Krise als „große Krise“ zu charakterisieren, die mit der von 1929ff zu vergleichen ist, dann liegt es nahe, sich auf der Suche nach integrierenden

³ Insbesondere H.- J. Urban hat darauf auf der Jahrestagung 2010 hingewiesen.

Perspektiven auch der damaligen Lösungsvorschläge zu vergewissern. Die Wiederkehr von Keynes wird ja von bedeutenden Ökonomen gefordert (Krugman 2009). Der „ganze Keynes“, der das Desaster der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte im Kern schon 1944 prognostiziert hat, wäre dann freilich zu rezipieren (Zinn 2007). Wenn wir aber nicht nur eine Krise der Wirtschaft haben, sondern – wie nach 1929, wenn auch in anderen Erscheinungsformen – auch eine Krise der Politik, dann stellt sich von neuem die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie. Die älteren Konzepte der Demokratisierung der Wirtschaft verdienen deshalb auch neue Aufmerksamkeit. Zwar ist an das alte Konzept der Wirtschaftsdemokratie (Naphtali 1977/1928) nicht so einfach anzuknüpfen (vgl. Borsdorf 2006) – schon weil man sich heute ganz anders als 1928 fragen muss, welchen friedlichen Übergang zu welchem Sozialismus man sich dabei vorstellen soll, aber auch wegen seiner Nähe zur Theorie des „organisierten Kapitalismus“, seinem Setzen auf „Austauscheliten“ und der Distanz gegenüber Beteiligung und sogar Betriebsräten sowie seiner demokratiethoretischen Defizite – aber die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie stellt sich sehr wohl.

Wachsende Parteienverdrossenheit (Embacher 2009), nicht zuletzt angesichts einer erkennbaren Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft, die Erfordernisse einer ökologischen Umsteuerung eben dieser Wirtschaft durch die Politik und die Herausforderung zu einer Verlebendigung der politischen Demokratie, als einem Projekt der Moderne, das seit den großen bürgerlichen Revolutionen in noch agrarisch geprägten Gesellschaften in der Welt ist, werfen die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie neu auf. Angesichts der neuen Herausforderungen und der demokratiethoretischen Defizite der älteren Konzepte (Demirovic 2007) liegt dafür der Begriff „Neue Wirtschaftsdemokratie“ nahe (Martens 2010). Heute, zweihundertundvierzig Jahre nach der ersten großen bürgerlichen Revolution, sind (industrielle) Wirtschaft und Dienstleistungen – einschließlich weiter Bereiche von Tätigkeiten, die früher den Frauen im Bereich des Privaten vorbehalten waren, zu einer Angelegenheit von eminentem öffentlichen Interesse geworden, auch wenn die Sphäre der Wirtschaft immer noch privatrechtlich verfasst ist. In einer zum Schaden der Politik immer stärker durchökonomisierten Gesellschaft, in der lange ungebrochen die neoliberale Maxime galt, die Wirtschaft finde eben in der Wirtschaft statt, stellt sich im Zeichen massiv krisenhafter Entwicklungen die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie.

7. Im Blick auf Antworten gegenüber dramatisch zunehmenden neuen Belastungen in der Arbeit, gegen die sich die Kampagne für „gute Arbeit“ wendet und zugleich als eine Teilantwort auf die Krise der Politik kann eine Demokratisierung der Wirtschaft „von unten“ ein mobilisierendes und integrierendes Konzept sein. Sie wäre zugleich ein unverzichtbarer konstitutiver Teil der Herausbildung einer neuen Arbeitskultur. Sie dürfte

allerdings nicht nur von den bestehenden, immer noch erodierenden Institutionen her gedacht werden. Sie müsste für alle abhängig Beschäftigten greifbar sein, auch die die Beschäftigten im rasant gewachsenen Niedriglohnbereich.

Das neoliberale Einheitsdenken hat den Freiheitsbegriff umgedeutet und vor allem die unternehmerischen Freiheiten für alle (als „Arbeitskraftunternehmer“ sozusagen) in den Vordergrund gerückt, mittels derer die einzelnen Vielen denen gegenüber vermeintlich nachziehen, die tatsächlich unternehmerisch tätig sind bzw. vom Eigentum an Produktionsmitteln leben können. Politisch aber bleibt der Raum der Wirtschaft privatrechtlich verfasst – und an den Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnbereich wird dabei besonders deutlich, dass hier geradezu absolutistische Herrschaftsverhältnisse neu Raum greifen. Aber selbst die Betriebs- und Personalverfassung in den Kernbereichen von Industrie und Dienstleistung schafft keine rechtlich gesicherten demokratischen Beteiligungsrechte der Beschäftigten. Wie in unseren Spandauer Thesen ausgeführt, muss es gegen die vom Neoliberalismus behaupteten Befreiung aller vom bevormundenden Staat und zum unternehmerischen Mitdenken und –handeln für eine neue Politik der Arbeit um eine „erneute Aneignung des Freiheitsbegriffs in einem umfassenden Sinne“ gehen (Scholz u.a. 2006,298)..

Allein aus demokratiethoretischer Perspektive stellt sich heute die Frage, ob eine Gesellschaft wie die unsere es eigentlich hinnehmen kann, das in ungefähr 10 Jahren für fast $\frac{1}{4}$ der abhängig Beschäftigten Arbeitsplätze in einem Niedriglohnbereich entstanden sind, in dem das Management die Reduktion von Lohnkosten als systematische Strategie verfolgt, abweichende Interessen negiert und bekämpft und seine Beschäftigten in einer autoritären Anordnungskultur wie „billiges und williges Vieh“ behandelt (Artus 2010). In der demokratiethoretischen Perspektive ist deshalb heute die „Wirtschaftsdemokratie von unten“ (Peter 2010) (gesicherte, in ihrem demokratischen Potential wertgeschätzte und mit repräsentativen Mitbestimmungsstrukturen verknüpfte Beteiligung der Beschäftigten auch in einem privatrechtlich verfassten Raum der Wirtschaft) ein ganz zentraler Punkt. Zugleich ist nur mit ihm verknüpft vorstellbar, dass man zu einer veränderten Arbeitskultur insgesamt kommen kann (Strasser 2010), die eine stabile Grundlage für neue Vorstellungen von „guter Arbeit und gutem Leben“ werden könnte.

Gegenüber solcher Wirtschaftsdemokratie „von unten“ vornehmlich den Ausbau der institutionalisierten Mitbestimmung zu fordern (Hexel 2009), mag in der deutschen Tradition naheliegen. Die Einzelforderungen – wie die Bindung von Stillungsbeschlüssen an eine Zwei-Drittel-Mehrheit im AR oder ein VW-Gesetz für Alle – sind zudem begründet. Aber sie betreffen nur die Beschäftigten in Großunternehmen – und das ist nur der kleinere Teil Aller. Vor allem aber wäre das, demokratiethoretisch betrachtet, zu kurz gesprungen. Wir würden vermuten, dass mit einer breiter ansetzenden Wirtschaftsdemokratie von unten besser mobilisierungsfähige und integrierend wirkende Forderungen denkbar sind. Gesicherte, nicht zuletzt demokratisch begründete Beteiligungsrechte für Alle (von den hochqualifizierten Ingenieuren und Informatikern bis hin zu den Beschäftigten in den

Filialen eines Discounters), verknüpft mit repräsentativen Mitbestimmungsstrukturen, für die man Wahlen im Übrigen auch zwingend machen könnte, sind eine verbindende Forderung.

8. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft ist zugleich eine Ressource gegen die Verstetigung des ökologisch zerstörerischen Selbstlaufs einer Ökonomischen Unvernunft, die sich aus der als allein als relevant erklärten Perspektive einzelwirtschaftlicher Rationalität ergibt. Wer weitere Katastrophen – wie zuletzt bei BP - infolge weiter wachsender ökologischer Risiken verhindern will, muss den Shareholder Value als Maxime wirtschaftlichen Handelns durch andere, institutionell gesicherte, Orientierungen ersetzen, und dies bedarf demokratischer Eingriffe.

Die Entfaltung von Grundrechten auf Beteiligung und Mitbestimmung auf der einzelwirtschaftlichen Ebene, der Mikroebene, wird allerdings nur funktionieren, wenn es zugleich gelingt, staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik grundlegend zu verändern. Die Reregulierung der Finanzwirtschaft steht immer noch an – und viele der Angehörigen der Eliten von Wirtschaft und Politik in ihren Parallelwelten, werden dann rasch die Freiheit bedroht sehen. Im Augenblick bedrohen sie aber mit der angeblich alternativlosen rigiden Sparpolitik des Staates sehr massiv die kleinen Freiheiten der Vielen. Hier, wie bei anderen Elementen neuer wirtschafts-demokratischer Vorstellungen, kann man im Übrigen auch Anknüpfungspunkte zu Roosevelts Forderung nach einer „Second Bill of Rights“ sehen. Der hat 1944 kurz vor seinem Tod – die verheerenden Wirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 für Ökonomie und Politik noch unmittelbar vor Augen, denn der Krieg gegen den Faschismus war ja noch im Gange – erweiterte Grundrechte gefordert „ein Recht auf Arbeit, auf Lohn, von dem man leben kann, Gesundheitsfürsorge und Bildung für alle, das Recht auf ein Dach über dem Kopf“ (SZ 12.11. 2009).

Es geht aber nicht allein um eine Neuordnung der Finanzwirtschaft im Hinblick auf deren zentrale Aufgabe, Kapitalflüsse und Liquidität für die Realwirtschaft sicherzustellen. Zwar wird niemand ernstlich die Abschaffung des Marktes fordern, und die Wirtschaftsdemokratie von unten zielt auf demokratische Rechte der einzelnen Vielen innerhalb eines immer noch privatrechtlich verfassten Raums der Wirtschaft. Auch wäre schon die Wiederkehr von Keynes (zumal des ganzen Keynes) in der staatlichen und europäischen Wirtschaftspolitik ein immenser Fortschritt. Danach ginge es gegen drohende Stagnationstendenzen um (1) die Einebnung von Einkommensunterschieden – also anders als in den letzten Jahrzehnten um Umverteilung von oben nach unten -, (2) um die absolute und relative Ausdehnung staatlicher Vor- und Fürsorgepolitik und (3) um, eine Reduktion der Arbeitszeit in verschiedensten Formen (vgl. Zinn 2007).

Weiterhin stellt sich – insbesondere auch im Hinblick auf den immer drängenderen ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Gestaltung von Struktur- und Industriepolitik die Frage nach dem Verhältnis von Markt und Plan. Planwirtschaft

muss ja durchaus nicht ausschließlich auf das Handeln der global Player auf im Übrigen entgrenzten globalen Märkten beschränkt bleiben. Planung kann und muss auch in Form von politischen Rahmensetzungen für die Märkte erfolgen, und sie ist auch in Gestalt gezielter struktur- und industriepolitischer Eingriffe denkbar. Und sie ist angesichts der zuvor entwickelten Überlegungen vor dem Hintergrund gesicherter, demokratisch wertgeschätzter und in repräsentative Mitbestimmungsstrukturen eingebundener Beteiligungsansprüche und Beteiligungschancen alles Andere als bürokratischer Unfug. Man könnte insoweit auch von der Herausforderung sprechen, endlich vom nordischen Modell zu lernen und es im Hinblick auf die ökologischen Herausforderungen sowie im Hinblick auf demokratische Ansprüche der Menschen und ihrer Gesellschaft zu erweitern.

9. Die Forderung nach einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft kann in der Konsequenz der bis hierher entwickelten Thesen ein Ansatzpunkt für eine Reformperspektiven in Europa eröffnen. Sie kann in einer Zeit, in der Parteienverdrossenheit der Wirtschaftsbürger und ein geradezu verächtlicher Umgang mit dem Demos, bis hin zu geradezu demokratiefeindlichen Praktiken in manchen europäischen Ländern das historisch immer noch junge demokratische Projekt der Moderne von neuem infrage stellen könnten, eine integrierende und transformatorische Perspektive eröffnen. Im Rahmen eines prinzipiell immer unabgeschlossenen Prozesses der Institutionierung politischer Freiheiten Aller und angesichts der immer deutlicheren Symptome einer Krise der Politik gilt es solche Ansatzpunkte zu nutzen.

Die Herausforderung der sich vielfach überlagernden Krisen heute ist die zu einem „ökosozialen New Deal“ – verknüpft mit einer Reregulierung der Finanzwirtschaft, einer anderen Verteilung von Arbeit und Reichtum, einem massiven neuerlichen Ausbau des öffentlichen Sektors und mit neuen Ansätzen zu einer Industrie- und Strukturpolitik, die den ökologischen Herausforderungen gerecht wird. All dies rührt massiv an verfestigten Strukturen der Verteilung von Reichtum, gesellschaftlicher Macht und (noch) legitimer Herrschaft. Aber all dies erinnert auch daran, dass das demokratische Projekt der Moderne, beginnend mit dem Selbstverständnis der Gründerväter der amerikanischen Demokratie (vgl. Arendt 1974) immer als ein prinzipiell unabgeschlossener und nie abzuschließender Prozess der institutionalisierung der politischen Freiheit Aller gedacht worden ist (Heil/Hetzel 2006). Für die von der Erosion ihrer in der Vergangenheit errungenen Institutionen bedrohten industriellen Arbeitsgesellschaften, die zugleich zunehmend von postindustriellen Strukturen geprägt werden, stellt sich heute, forciert durch die aktuellen Krisenentwicklungen, die Herausforderung einer vertiefenden Fortsetzung des Prozesses der Institutionierung politischer Freiheit. Demokratie ist im Zeichen von Epochenbruch und Krise als politisches und soziales Projekt (Lieb 2009) auf die Tagesordnung gesetzt.

Dies bedeutet immer das Aufbrechen verfestigter Herrschaftsstrukturen, die unausweichlich mit einem je gegebenen Institutionengefüge eng verwoben sind (Rehberg 1994) Man nimmt sich hier also viel vor, will man solche Veränderungsprozesse befördern. Und man würde - immer vorausgesetzt entsprechende Mobilisierungen gelingen - in den dann absehbaren sozialen Auseinandersetzungen erhebliche Dynamiken freisetzen, die sich nicht von vorneherein sicher abschätzen lassen. Wie in einer neuen gemischten Wirtschaft das Zusammenspiel von Markt und Plan (die großen Konzerne sind, wie schon angemerkt, auch „Planwirtschaften“ im Rahmen von Markt) entwickelt werden kann – also unter den Voraussetzungen von

- (1) Märkten, denen aber politische Rahmen gesetzt werden und die nicht länger von einer ideologisch verblendeten marktradikalen Wirtschaftspolitik zum sakrosankten Vehikel einer Durchökonomisierung der gesamten Gesellschaft gemacht werden – gleichsam auch von der Wiege bis zur Bahre, also konkret vom Kindergarten (der zunehmend, wie später die Schule schon Leistungsfähigkeit in der Konkurrenz befördern soll und nicht Bildung der Persönlichkeit, bis zum Altenheim, das vor allem ökonomisch durchrationalisiert wird,
- (2) bei einer privatrechtlich verfassten Wirtschaft, in der es demokratisch begründete Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte gibt, weil die Wirtschaft zugleich längst auch zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden ist sowie
- (3) angesichts von ökologischen Krisenentwicklungen, die Industrie- und regionale Strukturpolitiken vor neue Herausforderungen stellen sowie
- (4) im Zusammenspiel mit einer neu verlebendigten politischen Demokratie,
- (5) die gleichermaßen mögliche Formen von Bürgerbeteiligung stärken und einer – gegenwärtig zunehmend zu beobachtenden - Geringschätzung des „Demos“ durch zunehmend verselbständigte wirtschaftliche wie politische Eliten entgegenwirken müsste,

das ist eine Frage, auf die aus sozialen Prozessen und Konflikten heraus – und unter Nutzung einer undogmatischen und an der besseren Bewältigung praktischer Probleme orientierten Wissenschaft - neue Antworten Schrittweise entwickelt werden müssen.

10. In den vergangenen Jahrzehnten ihrer sich stetig verschärfenden arbeitspolitischen Defensive haben sich die Gewerkschaften unverdrossen an alten Leitideen der (vergangenen) Arbeiterbewegung orientiert, für die eine Art Dreiklang von „Arbeit-Fortschritt-Glück“ charakteristisch gewesen ist. Konfrontiert mit der jüngsten Krisenentwicklungen, in die der neoliberale Katastrophenkurs gemündet ist, stehen wir schroffer als bis-

her vor der Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir zukünftig arbeiten und leben? Angesichts der offenkundigen Ratlosigkeit der herrschenden Politik einerseits und eines so noch nie vorhanden gewesenen Beteiligungspotentiale der Menschen, der Träger der „lebendigen Arbeit“ in der heute entfalteten Gestalt eines „Arbeitskraftunternehmertums“ spricht alles dafür, diese Frage in einem erweiterten Raum der Politik und ihrer Institutionen unter breiter demokratischer Beteiligung der Vielen neuen Antworten zuzuführen.

Die deutschen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren die Forderung nach guter Arbeit und gutem Leben stärker in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt. Dies ist eine Reaktion auf fortschreitende Prozesse der Subjektivierung. Flexibilisierung und teilweisen Entgrenzung von Arbeit (Peter 2007) in einer Gesellschaft, in der sich soziale Spaltungsprozesse vertiefen, staatliche Vorsorge und Versorgung ausgehöhlt worden sind und im Zeichen der Standortkonkurrenz in einer nach neoliberalen Vorstellungen globalisierten Ökonomie der Politik auch die Kraft zu einem ökologischen Umsteuern fehlt. Die deutschen Gewerkschaften haben damit, wie auch mit anderen Kampagnen durchaus Resonanzen bei den abhängig Beschäftigten erzeugt. Aber die aktuellen Krisenentwicklungen erhöhen gleichzeitig den Druck auf sie, und der herrschenden Politik fällt nichts Besseres ein, als die „kleinen Leute“ die große Zeche zahlen zu lassen. Die weitere europäische Integration sind hier Sprengsätze gelegt worden (Balibar 2010), und im nationalen Rahmen ist eine weiter zunehmende Parteienverdrossenheit die Folge. Die Krise der Politik in einer inzwischen als postdemokratisch bezeichneten Gesellschaft ist nicht länger nur eine akademische Debatte. Die Forderung nach direkter Bürgerbeteiligung gewinnt angesichts einer wachsenden Kritik an den Berufspolitikern an Zustimmung – allerdings allein in Form des Plebiszits, als Abstimmung zu einfachen Fragen, die mit ja oder nein zu beantworten sind und die den Bürgern von Politikern oder Experten vorgegeben werden. Und wir wissen, dass heute zu jeder Expertise auch die Gegenexpertise wohlfeil ist. Und immer noch endet Politik überhaupt für den einzelnen Bürger vor den Werkstoren. Hinter ihnen endet der demokratische Sektor.

Angesichts einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der mit epochalen Umbrüchen und krisenhaften Entwicklungen in Wirtschaft und Politik Fragen ökonomischer, ökologischer, sozialer und politisch institutioneller Nachhaltigkeit dringlich aufgeworfen sind, in der wir mit anderen Worten auf der Suche nach einer Alternative zu dem alten Dreiklang von „Arbeit, Fortschritt und Glück“ (Martens, Peter, Wolf 1984) sind, werden kosmetische Korrekturen an unseren repräsentativen Strukturen - in die, wie in alle Institutionen, dominante gesellschaftliche Interessen immer eng verwoben sind – nicht ausreichen. Zu ihrer Verlebendigung und zur dringend benötigten Erneuerung ihrer Gestaltungskraft bedarf es der Erweiterung des Raums der Politik: in der Gesellschaft und in die Wirtschaft hinein, durch die Stärkung demokratischer Rechte der einzelnen Vielen, durch eine darüber ermöglichte Entfaltung und Nutzung ihres Laien-Expertenwissens, durch die Stärkung und

ggf. auch die Schaffung neuer repräsentativen Strukturen. Man könnte auch – mit Hannah Arendt (1993), aber gegen ihren Arbeitsbegriff, der Wirtschaftsdemokratie eher zu einem Ding der Unmöglichkeit macht – davon sprechen, dass es um das „Wunder der Politik“ geht, das uns aus der schier ausweglosen Lage heraus helfen könnte, in die wir geraten sind: um die Entfaltung der Befähigung Aller zur aktiven Teilhabe am demokratischen Prozess dort wo sie arbeiten und leben, also in Wirtschaft und Gesellschaft.

Literatur:

- Altvater, E. (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster
- Arendt, H. (1974), Über die Revolution, München/Zürich
- Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, München/Zürich
- Artus, I. (2010): Interessenvertretung im Niedriglohnbereich, Vortrag auf der Tagung „Betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Modernisierungskampagnen – Praxis und Forschung in Deutschland, 08./09. Juni 2010, Mülheim a. d. Ruhr (Mitschrift)
- Balibar, E. (2010): Europa: Die endgültige Krise? In: Das Argument 287/2010, S. 401-404
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278
- Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Brödner, P.; Carl, F.; Heintze, C.; Oehlke, P.; Peter, G.; Zinn, K. G. (2009): Das nordische Modell – eine Alternative? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2009
- Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland, Bonn
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil. Schrift, Göttingen (nur teilweise veröffentlicht)
- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.):Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Hexel, D. (2009):Mitbestimmung als Entwicklungsressource in der wissensbasierten Industriegesellschaft, in: Ders: (Hg.): Never Change a Winning System. Die Mitbestimmung von heute auf dem Erfolgsweg für morgen, Marburg, S. 143-151
- Korflür, I.; Nettelstroth., W.; Schilling., G.; Schlette, M.; Vanseloh, A. (2010): „Besser statt billiger“ im Betrieb, in WSI-Mittteilungen 2,2010, S. 109-112
- Krugman, P. (2009): Die Neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/Main
- Lieb, A. (2009):Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie – Herausforderungen und Anknüpfungspunkte im Zeichen ökonomischer, ökologischer und politischer Krise, Hamburg
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG: Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (1984): Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung, sfs-Beiträge aus der Forschung Bd. 2, Dortmund
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Peter, G. (2007) (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg
- Peter, G. (2009): Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgestaltung – Neuinterpretation und Aktualität des HdA-Programms, in: Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Hg.):Gute Arbeit.Handlungsfelder für betriebe, Politik und Gewerkschaften. Ausgabe 2010, Frankfurt am Main, S. 54-65

- Pickshaus, K.; Urban, H.-J.- (2009): Gute Arbeit als Strategie – Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitspolitik , in: Schröder, L.-; Urban, H.-J. (Hg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt am Main
- Rehberg, K.-S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden, S. 47-84
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Scholz, D.; Pieper, Schmidt-Hullmann, A.;Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Wolf, F.O. (Hg.) (2009): „Europa sind [doch] wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Strasser, Johano (2010): Acht Thesen zur „Neuen Kultur der Arbeit“, Beitrag zur 9. FNPA-Jahrestagung am 01./02. 2010 in Berlin
- Urban, H.-J. (2008): Vorwort zu Brinkmann u.a. (2008) a.a.O.
- Wetzel, D. (2005): „Tarif aktiv“ – „besser statt billiger“. Leitprojekte für eine veränderte Praxis, in: Detje, R.; Pickshaus, K.; Urban, H.-J. (Hg.) Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien, Hamburg, S. 161- 171
- Wetzel, D.; Weigand, J.; Niemann-Findeisen, S.; Lankau, T. (2008): Organizing. Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall. Acht Thesen zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit, Frankfurt am Main,
- Zinn, K. G. (2004): Finanzmarktgetriebene Globalisierung – Einkommenspolitik im Shareholderkapitalismus, in: Wagner, H.;Schild, A. (Hg.): Der Flächentarif unter Druck. Die Folgen von Verbetrieblichung und Vermarktung, Hamburg, S. 23-36
- Zinn., K. G. (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76